



Dr. Andreas Jacobs ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten.

UNTER MUSLIMISCHER FÜHRUNG

ZUR POLITISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN SITUATION DER ÄGYPTISCHEN CHRISTEN

Andreas Jacobs

In Ägypten sehen die Christen dem bevorstehenden Weihnachtsfest mit gemischten Gefühlen entgegen. In die Freude auf die Feierlichkeiten mischt sich bei vielen die Erinnerung an die Ereignisse von Nag Hammadi. Am Abend des orthodoxen Weihnachten, dem 6. Januar 2010, hatten in der oberägyptischen Kleinstadt Unbekannte aus einem vorbeifahrenden Auto das Feuer auf die Besucher der Christmette eröffnet. Acht Menschen starben im Kugelhagel, viele wurden verletzt. Offiziell wurde die Tat als Racheakt für die Vergewaltigung eines muslimischen Mädchens durch einen Christen in einem Dorf der Umgebung knapp zwei Monate zuvor bezeichnet. Sie sei das Werk krimineller Einzeltäter und habe mit religiösen Spannungen und Konflikten nichts zu tun, so die Behörden. Drei Verdächtige wurden kurz darauf gefasst und unter Mordanklage gestellt. Ihr Anführer war ein polizeilich bekannter Krimineller. Die christliche Bevölkerungsminderheit Ägyptens, aber auch zahlreiche Journalisten und sogar einige Politiker wollten sich mit der offiziellen Erklärung nicht abfinden. Es kam im ganzen Land zu Ausschreitungen zwischen aufgebrachten Christen und Muslimen. Zahlreiche Kopten¹ demonstrierten vor ägyptischen Gerichten und Regierungsgebäuden. Strafverfolgungsbehörden und Sicherheitsorgane wurden öffentlich des Versagens angeklagt, und im ägyptischen Parlament sorgte das Thema für einen heftigen verbalen Schlagabtausch.

1 | Alle ägyptischen Christen werden unabhängig von ihrer Konfession als „Kopten“ (griechisch für „Ägypter“) bezeichnet.

Die Morde von Nag Hammadi haben 2010 die ägyptische und die internationale Aufmerksamkeit auf das sich seit Längerem verschlechternde Verhältnis zwischen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit und der christlichen Minderheit des Landes gerichtet. Menschenrechtsorganisationen, Regierungen und internationale Organisationen kritisieren die abnehmende Religionsfreiheit in Ägypten und prangern die Zunahme gewaltsamer Übergriffe und die systematische Diskriminierung von Christen an. Allein zwischen Januar 2008 und Januar 2010 wurden mehr als fünfzig gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen in Ägypten behördlich gemeldet. Die Dunkelziffer dürfte meist höher liegen. Was sind die Hintergründe und Ursachen für diese Entwicklung?

MUSLIME UND CHRISTEN IN ÄGYPTEN

Die Kopten blicken auf eine lange und stolze Geschichte zurück. Bereits die Heilige Familie hatte nach der Überlieferung in Ägypten Zuflucht gefunden. Ägypten war das erste christianisierte Land der Welt. Die koptisch-orthodoxe Kirche² gehört weltweit zu den ältesten. Das christliche Mönchtum geht auf das Leben des Heiligen Antonius in der östlichen Wüste unweit des Roten Meeres zurück. Und mit dem griechisch-orthodoxen Katharinenkloster auf der Sinai-Halbinsel verfügt Ägypten über das wohl berühmteste Kloster der Christenheit.

Im Zuge der muslimischen Eroberungen des siebten Jahrhunderts wurde Ägypten dann nach offizieller (muslimischer) Lesart ein islamisches Land. Tatsächlich vollzog sich die Islamisierung des Landes wesentlich langsamer. Fachleute vermuten, dass Teile Ägyptens bis ins fünfzehnte Jahrhundert noch mehrheitlich christlich geprägt waren. Heute sind schätzungsweise zehn Prozent der Ägypter Christen. Neunzig Prozent hiervon gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an, daneben gibt es verschiedene evangelische, katholische und andere orthodoxe Gemeinden. Die Kopten stellen damit die größte christliche Minderheit von allen muslimisch geprägten arabischen Ländern. Anders als in vielen muslimischen Nachbarländern

Heute sind etwa zehn Prozent der Ägypter Christen. Neunzig Prozent hiervon gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an, daneben gibt es verschiedene evangelische, katholische und andere orthodoxe Gemeinden.

2 | Ist im Folgenden von der „Kirche“ die Rede, ist immer die koptisch-orthodoxe Kirche gemeint.

kennen die ägyptischen Christen auch keine Nachwuchsorgen. Die Kirchen sind voll, das Mönchstum erlebt einen regelrechten Boom. Trotz behördlicher Beschränkungen werden Kirchen und Klöster im Land gebaut und erweitert. Es gibt koptische Satellitenkanäle, koptisches Leben ist überall präsent.

Es gibt keine ethnischen oder sprachlichen Unterschiede zwischen ägyptischen Christen und Muslimen. Teilweise sind die rituellen Grenzen sogar verwischt und unkenntlich, vor allem auf dem Land und im Volksglauben.

Auch das Verhältnis zur muslimischen Mehrheitsgesellschaft ist traditionell entspannter als anderswo im Nahen Osten. Es gibt keine ethnischen oder sprachlichen Unterschiede zwischen ägyptischen Christen und Muslimen.

Teilweise sind die rituellen Grenzen sogar verwischt und unkenntlich, vor allem auf dem Land und im Volksglauben. Verschleierte Frauen sind in Klöstern und bei Gottesdiensten keine Seltenheit. Muslimische Eltern lassen ihre muslimischen Kinder taufen (es kann ja nicht schaden) und Marien-Erscheinungen werden auch von ägyptischen Muslimen gesichtet. Sozioökonomische Differenzen spielen ebenfalls keine große Rolle. Der reichste Ägypter ist Christ, und vermutlich auch der ärmste. Viele Muslime sind stolz auf die lange christliche Tradition des Landes und erkennen den Anspruch der Kopten, die eigentlichen und ursprünglichen Ägypter zu sein, durchaus an. Das koptische Erbe wird mit viel Aufwand gepflegt, Weihnachten ist auch für Muslime Feiertag und im Alltag ist der gutnachbarschaftliche Umgang oft noch selbstverständlich – allerdings mit abnehmender Tendenz.

WEGMARKEN DER ABGRENZUNG

Viele Kopten verweisen auf den Militärputsch von 1952 als erste Wegmarke einer Geschichte zunehmender Abgrenzung. Waren Kopten zuvor wie selbstverständlich in vielen führenden Ämtern des Staates zu finden, wurden sie in der Nasser-Ära sukzessive aus Leitungspositionen verdrängt. Beobachter erklären dies mit der antikolonialen Ideologie der Nasser-Zeit. Die bisherigen Eroberer und Unterdrücker waren Christen, die neuen Herren sollten so wenig wie möglich mit der alten Zeit zu tun haben. Insbesondere die wohlhabende und westlich gebildete christliche Oberschicht geriet damals in Verdacht, die fünfte Kolonne des verhassten Westens zu sein. Der (von Christen mitbegründete) arabische Nationalismus betonte zwar formal

die Gleichheit aller Araber. De facto aber wurde der muslimische Araber damals zum erwünschten Normalbürger. Die heute für Ägypten prägende strukturelle Unterrepräsentierung von Christen in Leitungspositionen von Politik, Verwaltung und Wissenschaft nahm damals ihren Anfang. Christliche Minister, Staatssekretäre und selbst Parlamentarier wurden die Ausnahme. Lange Zeit wurde keiner der wichtigen Gouverneursposten an einen Christen vergeben. Kein Präsident der zahlreichen ägyptischen Universitäten und so gut wie keiner ihrer vielen Dekane ist Christ. Die Offizierslaufbahn in der ägyptischen Armee bleibt Christen verschlossen. Bei den Sicherheitskräften werden sie gar nicht erst eingestellt.

In den siebziger und achtziger Jahren trat neben die politische die religiöse Abgrenzung. Indem sich Anwar El-Sadat zum muslimischen Präsidenten eines muslimischen Volkes erklärte und sukzessiv die Islamisierung von Staat und Gesellschaft vorantrieb, änderte sich nun auch das Klima des interreligiösen Zusammenlebens. Eine sich zunehmend religiös definierende muslimische Bevölkerungsmehrheit und die Arbeitsmigration in die konservativen arabischen Golfstaaten förderten vielerorts religiös begründete antichristliche Ressentiments. Längst überholt geglaubte oder bislang in Ägypten fremde Vorstellungen von den Christen als Vertreter des Unglaubens, der Unmoral und der Verunreinigung kamen damals wieder auf. Gleichzeitig versuchten islamistische Terrorgruppen, ihre Vision eines islamischen Staates zu verwirklichen, indem sie eine Reihe blutiger Anschläge auf Christen und christliche Einrichtungen verübten. Viele Kopten wandten sich daraufhin von diesem Präsident und diesem Volk ab und ihrer Kirche zu.

Islamistische Terrorgruppen versuchen, ihre Vision eines islamischen Staates mit einer Reihe blutiger Anschläge auf Christen zu verwirklichen. Daraufhin wandten sich viele Kopten von Volk und Regierung ab und ihrer Kirche zu.

Der politischen und religiösen Abgrenzung folgte die gesellschaftliche – und zwar auf beiden Seiten. Während auch unter Präsident Mubarak die Parole von der Gleichheit aller Ägypter hochgehalten und die Existenz einer religiösen Minderheit im Land verneint wird, ziehen sich Muslime und Christen zunehmend in parallele Gesellschaften zurück. Gleichzeitig verändern sich Hintergrund und Begleitumstände von gewaltsamen Übergriffen gegen Christen. Wurden diese früher von militanten Extremisten mit einer

klaren politischen Agenda an exponierten Orten (Kirchen, Klöstern) verübt, kommen sie nun zunehmend aus der Mitte der muslimischen (und christlichen) Bevölkerung und entwickeln sich oft anlässlich nichtiger Streitigkeiten. Konflikte um Land, Geld und Ehre oder um interkonfessionelle amouröse Abenteuer und Sexualdelikte eskalieren nun immer häufiger zu blutigen Gewaltakten. Beobachter machen für diese Tendenz vor allem die zunehmende Islamisierung verantwortlich.

DER MUSLIMISCHE FÜHRUNGSANSPRUCH

Der politisch geduldete und geförderte Siegeszug des gesellschaftlichen Islamismus ist in Ägypten mit einer Tendenz zum „Islam-Mainstreaming“ einhergegangen. Nahezu alle Politik- und Lebensbereiche, darunter vieles, was bislang kein Thema oder eine Selbstverständlichkeit war, werden heute auf ihre Islam-Konformität überprüft und zumindest formal entsprechend angepasst. Auch der gesellschaftliche, politische und juristische Umgang mit der christlichen Minderheit im Land unterliegt zunehmend der klassischen islamischen Wahrnehmung oder deren spezifischer Interpretation. Nach dieser Wahrnehmung habe der Islam die jüdische und christliche Offenbarung fortgesetzt und vollendet. Das Christentum sei gleichsam „im Islam enthalten“ und werde durch die muslimische Offenbarung obsolet. In einem islamischen Gemeinwesen ist christliche Autorität über Muslime daher ebenso wenig vorgesehen wie eine Expansion des Christentums.

Der gesellschaftliche, politische und juristische Umgang mit der christlichen Minderheit unterliegt zunehmend der klassischen islamischen Wahrnehmung, wonach der Islam die jüdische und christliche Offenbarung vollendet hat.

Dieses Verständnis lässt sich exemplarisch aus ägyptischen Schulbüchern herauslesen. Auf eine altägyptische und eine griechisch-römische Epoche folgt hier eine christliche, die im siebten Jahrhundert von einer (abschließenden) muslimischen Epoche abgelöst wurde. Immer wieder wird tiefer Respekt für die christliche Religion und für „den Propheten“ Jesus Christus bekundet, aber mit keinem Wort werden christliches Leben und christliche Glaubensinhalte der Gegenwart behandelt. Das Koptische wird zwar als inhärenter Bestandteil der ägyptischen Geschichte wahrgenommen, aber kaum als integraler Bestandteil der ägyptischen Gegenwart und Zukunft. Koptisches Leben unter

muslimischer Führung wird nicht erwähnt oder nur als Auslaufmodell behandelt. Das Christentum wird in Gestalt eines unvollendeten Islam präsentiert. Die zentralen Lehrsätze des Christentums, die Bedeutung der Wiederauferstehung und die Struktur der Kirche spielen in ägyptischen Schulkurrikula keine Rolle.³ Trotz aller Rhetorik von jahrhundertealter gemeinsamer christlich-muslimischer Geschichte weiß ein muslimischer Schüler in Ägypten daher vermutlich weniger über das Christentum als ein gleichaltriger deutscher Schüler über den Islam. Das gilt oft auch für Erwachsene.

Vom koptisch-muslimischen Dialog ist in Ägypten deshalb kaum die Rede. Christen und Muslime reagieren auf die gerade im Westen beliebte Forderung nach einem interreligiösen Dialog gleichermaßen mit Kopfschütteln. Auf islamischer Seite ist die ergebnisoffene Beschäftigung mit dem Christentum ein theologisches Problem, weil sie Gefahr läuft, als gegen koranische Aussagen verstoßend angesehen zu werden. Von einem „interreligiösen Dialog“ erwarten konservative Muslime bestenfalls, dass Christen die muslimische Wahrnehmung des Christentums übernehmen und von dem Gedanken der Mission Abstand nehmen. Auf koptischer Seite sieht es keinesfalls besser aus. Im geschützten Raum fällen viele Kopten ein katastrophales Urteil über den Islam. Nicht wenige sprechen ihm schlicht die Existenzberechtigung ab. Kaum jemand käme deshalb auf die Idee, sich ohne konkreten Anlass mit Vertretern der anderen Religion ernsthaft über Aspekte des Glaubens auseinanderzusetzen. Aus muslimischer Sicht ist zum Christentum abschließend alles gesagt. Aus koptischer Sicht ist zum Islam nichts zu sagen.

Von einem „interreligiösen Dialog“ erwarten konservative Muslime bestenfalls, dass Christen die muslimische Wahrnehmung des Christentums übernehmen. Auf koptischer Seite sieht es keinesfalls besser aus.

Der Islam behandelt das Christentum daher zwar traditionell mit Respekt, erhebt aber zugleich einen Führungsanspruch, der in der Interpretation der meisten muslimischen Machthaber den politischen und gesellschaftlichen Ambitionen von Christen klare Grenzen setzt. Diese Grenzen

3 | Zur Darstellung des Christentums in ägyptischen Schulbüchern vgl. Wolfram Reiss, „The Portrayal of Christianity in Egyptian Textbooks. Conclusions of Investigations and Proposals for Improvement“, in: *Arab-West Report*, 15 (2003), 40-55.

werden im Ägypten der Gegenwart gleichermaßen unausgesprochen wie offensichtlich durch zwei rote Linien markiert: Ausgeschlossen sind die Autorität bzw. Jurisdiktion von Christen über Muslime sowie eine sichtbare Expansion des Christentums. Alle Konflikte mit interreligiösem Bezug in Ägypten können auf die tatsächliche oder perzipierte Einhaltung oder Überschreitung dieser beiden roten Linien bezogen werden. Hierzu zählen vor allem Konflikte um Mission und Konversion sowie um Kirchenbau und um das Familienrecht.

MISSION UND KONVERSION

Nach der ägyptischen Verfassung herrscht im Land Religionsfreiheit, allerdings mit einer wichtigen Einschränkung. Zuletzt stellte ein Gericht im Jahre 2008 fest, dass Muslime nicht das Recht auf einen Religionswechsel – und damit auf einen inhärenten Bestandteil der Religionsfreiheit – haben. Entsprechend erkennt der Staat den Übertritt vom Islam

zum Christentum oder einer anderen Religion offiziell nicht an. Als rechtliche Grundlage dienen Gesetze gegen die Beleidigung der Religion oder gegen die Störung der öffentlichen Ordnung. Dies hat für die Betroffenen erhebliche Konsequenzen. In Ägypten ist die Zugehörigkeit zu einer der drei „zugelassenen“ Religionen – Islam, Christentum und Judentum – in jedem offiziellen Schriftstück und Ausweispapier vermerkt.

Die falsche Angabe der Religionszugehörigkeit wird strafrechtlich verfolgt. Ohne „korrekte“ Angabe der Religion gibt es keinen Personalausweis, keinen Schulbesuch, keine Arbeitsstelle und keine rechtlichen Ansprüche.

Die falsche Angabe der Religionszugehörigkeit wird strafrechtlich verfolgt. Ohne „korrekte“ Angabe der Religion gibt es keinen Personalausweis, keinen Schulbesuch, keine Arbeitsstelle und keine rechtlichen Ansprüche – nicht einmal ein Autokauf ist möglich.

Klagen von zum Christentum konvertierten Muslimen auf Änderung des Religionsstatus in ihren Ausweispapieren oder auf Abschaffung der behördlichen Erfassung der Religionszugehörigkeit verliefen bisher erfolglos. Proteste und Gerichtsverfahren von Betroffenen sowie internationaler Druck haben in der jüngeren Vergangenheit allerdings zu einem gewissen juristischen Aktionismus geführt. Nach dem Urteil eines Verwaltungsgerichtes aus dem Jahre 2008 sollten Konvertiten zum Christentum das Recht auf neue Ausweispapiere erhalten, allerdings mit der Auflage, die

frühere muslimische Glaubenszugehörigkeit zu vermerken. Eine Umsetzung dieses Urteils steht jedoch aus, ihr Nutzen für die Betroffenen wäre ohnehin fraglich.

Die Hintergründe für Nichtanerkennung des Übertritts vom Islam zum Christentum durch den ägyptischen Staat sind offenkundig. Seit 1972 gilt das islamische Recht, die Scharia, als Hauptquelle des Rechts. Ägypten bezeichnet sich als islamischen Staat. Nach klassischem islamischem Rechtsverständnis wird die Abkehr vom (islamischen) Glauben mit dem Tod bestraft. Dass diese Strafe im Ägypten der Gegenwart nicht verhängt wird, entspricht zwar dem Rechtsempfinden der allermeisten Ägypter, erzeugt auf Seiten der staatlich kontrollierten Religionsbehörden aber bereits einen gewissen Erklärungsbedarf. Eine Konversion vom Islam zum Christentum ist in Ägypten im derzeit vorherrschenden Verständnis des islamischen Rechts derart eindeutig unzulässig, dass ihre juristische Anerkennung den Staat in den Augen seiner Gegner eindeutig als „unislamisch“ entlarven würde.

Da auch die koptische Kirche Konversionen prinzipiell ablehnt, sollten sie daher nach Möglichkeit nicht vorkommen oder zumindest nicht öffentlich bekannt werden.

Konvertiten werden von den Sicherheitsdiensten überwacht und am Verlassen des Landes gehindert. Selbst auf Anwälte, Freunde und Familienangehörige wird gezielt Druck ausgeübt.

Hierfür wird mit zum Teil drastischen Mitteln gesorgt. Konvertiten werden von den Sicherheitsdiensten überwacht und am Verlassen des Landes gehindert. Selbst auf Anwälte, Freunde und Familienangehörige wird gezielt Druck ausgeübt. Willkürliche Festnahmen, Verhöre und Missbrauch sollen an der Tagesordnung sein. Mission und das öffentliche Verteilen von Bibeln sind verboten und werden bestraft. Ausländische Missionare werden teilweise direkt am Flughafen abgefangen und Priester, die Christen mit Konvertiten verheirateten, zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

KIRCHENBAU

Politisch etwas weniger problematisch, aber gesellschaftlich ebenso explosiv ist die Frage des Kirchenbaus. Das aktuelle ägyptische Gesetz zur Regelung der Errichtung von Sakralbauten stammt noch aus dem Jahre 1856. Seither bedarf der Bau oder Umbau von Kirchen einer Zustimmung des

Staatsoberhauptes. Ein Gesetz von 1934 knüpfte an den Kirchenbau dann weitere Bedingungen – u. a. die Zustimmung der muslimischen Nachbarn. Diese sind aber häufig nicht bereit, Kirchenbauten zu akzeptieren. Gewaltsame Übergriffe wie im Fall des Konflikts um das Grundstück des oberägyptischen Klosters Abu Fana im Jahre 2008 sind keine Seltenheit. Häufig handelt es sich dabei um profane Streitigkeiten um Land und Geld, fast immer werden diese aber von religiösen Vorbehalten gegen eine Ausbreitung des Christentums angeheizt.

Theologisch ist der Kirchenbau ein geringeres Problem als die Konversion. Selbst viele Muslime erkennen hier eine Schieflage an und drängen auf Änderungen. Bereits seit einigen Jahren bemüht sich der Staat daher um eine Vereinfachung und Angleichung der Regelungen. Ein neues Gesetz wird seit 2003 diskutiert, ist dem Parlament bislang aber trotz vieler prominenter muslimischer Unterstützer nicht vorgelegt worden. Inoffizielle Begründung ist die Rücksichtnahme auf die religiösen Befindlichkeiten konservativer Muslime.

Immer wieder gibt es Berichte über Sicherheitsbedenken, polizeiliche Auflösungen von Messen in nicht genehmigten Kirchen sowie Verweigerungen und Verzögerungen bei der Erteilung von Baugenehmigungen.

wurde 2005 das Genehmigungsverfahren für Kirchenbauten an die Provinzgouverneure delegiert. Bauliche Veränderungen bedürfen formal heute nur noch der behördlichen Mitteilung. Genehmigungen sollten nur noch in begründeten Fällen verweigert werden. In der Praxis aber blieb es bei Schikanen und Verzögerungen. Immer wieder gibt es Berichte über Sicherheitsbedenken, polizeiliche Auflösungen von Messen in nicht genehmigten Kirchen sowie Verweigerungen und Verzögerungen bei der Erteilung von Baugenehmigungen. Auch hier sprechen Beobachter immer häufiger von gezielten Provokationen und Eskalationen auf beiden Seiten.

SORGERECHT

Im Bereich des Familienrechts wird in Ägypten das jeweilige Recht der Religionsgemeinschaften angewandt. Für Muslime gilt die Scharia, für Kopten Kirchenrecht und für die wenigen im Land verbliebenen Juden jüdisches Recht. Gehören die Parteien unterschiedlichen Konfessionen oder Glaubensgemeinschaften an, wird prinzipiell nach der Scharia geurteilt. Sorgerechtsstreitigkeiten und

Scheidungsregelungen zwischen einer koptischen Ehefrau und einem muslimischen Ehemann, aber auch zwischen einer Protestantin und einem orthodoxen Christen, werden daher nach islamischem Recht geregelt. Für konkrete Probleme sorgt diese Regelung wiederum im Falle der Konversion. Tritt ein christlicher Mann zum Islam über, gelten seine Kinder automatisch als Muslime und müssen islamisch erzogen werden. Das Sorgerecht wird im Falle einer nicht-muslimischen Mutter bislang automatisch dem zum Islam konvertierten Vater zuerkannt.

Mitte 2010 sollen bei ägyptischen Gerichten mehr als fünfzig Sorgerechtsstreitigkeiten zwischen Konvertiten und deren Ehepartnern anhängig gewesen sein. Gleichzeitig hat ein ägyptisches Gericht einer Christin erstmals das Sorgerecht für ihre Kinder bis zum fünfzehnten Lebensjahr zugesprochen, obwohl der Vater zum Islam konvertiert war. Die ebenfalls heftig umstrittene „automatische Konversion“ der Kinder bei Übertritt des Vaters wurde bislang nicht angetastet. Im Grundsatz hat sich also wenig geändert. Kinder können zwar bis zur Erreichung eines bestimmten Alters in der Obhut der (christlichen) Mutter verbleiben, müssen aber in der (islamischen) Religion des Vaters erzogen werden. In der Argumentation vieler Muslime kommt hier das oben geschilderte Geschichts- und Religionsverständnis zum Tragen: Eine muslimische Erziehung mache das Kind mit allen prophetischen Traditionen vertraut, eine christliche hingegen nur mit der christlichen. Erstere sei daher auch im Sinne umfassender religiöser Bildung vorzuziehen.

Mitte 2010 hat ein ägyptisches Gericht einer Christin erstmals das Sorgerecht für ihre Kinder bis zum fünfzehnten Lebensjahr zugesprochen, obwohl der Vater zum Islam konvertiert war.

SCHEIDUNGSRECHT

Die koptische Kirche und ihr Oberhaupt, Papst Shenouda III, spielen bei den geschilderten Konflikten eine für viele externe Beobachter nur schwer nachzuvollziehende Rolle. Insbesondere Papst Shenouda lässt trotz seiner angeschlagenen Gesundheit kaum eine Gelegenheit aus, um öffentlich seine Regierungstreue zu bekunden. Er gilt als nachdrücklicher Unterstützer Präsident Mubaraks und hat sich wiederholt für den Präsidentensohn Gamal als Nachfolger seines Vaters ausgesprochen. Die „Ein-Volk-Rhetorik“ der Regierung wird von der Kirche ebenso mitgetragen wie die

reflexartige Verneinung der Existenz religiöser Konflikte im Land. Selbst zu den Ereignissen von Nag Hammadi nahm die Kirche offiziell kaum Stellung und lobte stattdessen die Arbeit der Sicherheitskräfte und Ermittlungsbehörden.

Die Begründung für diese demonstrative Staatstreue liegt im spezifischen Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Ägypten. Die ägyptische Regierung will die Kirche – ähnlich wie die islamische Al-Azhar – in die Rolle einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung drängen, die in bestimmten Bereichen zur Umsetzung von staatlichen Verwaltungsakten befugt ist. Die Kirche will sich dieser staatlichen Vereinhaltung entziehen und besteht auf einer Sonderstellung mit autonomen Rechtsbefugnissen. Diesem Ziel der Sicherung von Macht und Einfluss ordnet die Kirche alle anderen Streitpunkte unter. Dies erklärt, warum sich die Kirche einerseits mit Stellungnahmen zu Übergriffen zwischen Muslimen und Christen zurückhält, sich andererseits bei einem scheinbaren Randthema einen handfesten Konflikt mit dem Staat leistet: beim Scheidungsrecht.

Da es in Ägypten keine Zivilehe gibt, können sich orthodoxe Kopten de facto nicht scheiden lassen – sofern sie nicht konvertieren oder sich den sozialen und strafrechtlichen Folgen eines Ehebruchs aussetzen wollen.

Die koptische Kirche hat die Voraussetzungen für eine kirchliche Scheidung in den vergangenen Jahrzehnten schrittweise verschärft. Gegenwärtig gilt nur noch Ehebruch als Scheidungsgrund. Da es in Ägypten keine

Zivilehe gibt, können sich orthodoxe Kopten de facto nicht scheiden lassen (bzw. erneut heiraten) – sofern sie nicht konvertieren oder sich den sozialen und strafrechtlichen Folgen eines Ehebruchs aussetzen wollen.

Ein ägyptisches Verwaltungsgericht hat vor wenigen Monaten festgestellt, dass die Kirche eine Scheidung und Wiederverheiratung von Kopten zulassen muss. Die Kirche wertet das Urteil als Eingriff in ihre innerreligiösen Angelegenheiten und in die Religionsfreiheit. Die Ehe ist nach ihrem Verständnis kein administrativer Akt, sondern ein Sakrament.

Für viele koptische Würdenträger geht es beim Streit um die Scheidung nicht nur um den Glauben, sondern vor allem um Autorität und Einheit der Kirche. Mitte 2007 hatte in Kairo ein selbst ernannter „Gegenpapst“ für Furore gesorgt, der Kirchenreformen genau in denjenigen

Bereichen versprach, die sich viele junge Kopten wünschen: bei der Liturgie und beim Scheidungsrecht. Die Tendenzen einer Entfremdung zwischen Kirche und Gläubigen sehen viele Ägypter, darunter nicht wenige säkulare Christen, mit Zustimmung. Ihnen ist die Kirche längst zu mächtig und zu eigenständig geworden. Nach ihrer Einschätzung fördert die Kirche unter den Christen die Abgrenzung von der muslimischen Mehrheitsgesellschaft und gefährdet mit ihrer Forderung nach Anerkennung eines Sonderstatus die nationale Einheit. Dem ägyptischen Staat kommt derartige Kritik nicht ungelegen. Eine zunehmende Distanz zwischen Kirche und Gläubigen verringert den Handlungsspielraum der Kirche gegenüber dem Staat und sichert kirchliche Gefolgschaft in der eigentlich entscheidenden politischen Grundfrage des Landes: der nationalen Sicherheit.

DER PRIMAT DER SICHERHEIT

Als es im März 2010 in der nordägyptischen Stadt Marsah Matruh zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Muslimen und Christen kam, erklärte der zuständige Gouverneur erwartungsgemäß, dass es sich nicht um religiöse Streitigkeiten handele, sondern um Auseinandersetzungen, wie sie auch innerhalb religiöser Gruppen vorkämen. Auch nach den Morden von Nag Hammadi bestritt die Regierung ein religiöses Motiv und ordnete die Tat als Racheakt krimineller Einzelgänger ein. Ibrahim Issa, der vor kurzem entlassene Chefredakteur der einflussreichen unabhängigen Tageszeitung *Al-Dostour*, schrieb damals: „Seit wann werden die Opfer von Racheakten zufällig ausgewählt? Eine Vendetta hat klare Regeln und klare Opfer. Dies war die Tat von Terroristen und Fanatikern, nicht von kriminellen Einzelgängern.“

In den staatlichen Medien und Schulen wird stets die gleiche Botschaft verkündet: die Ägypter sind ein Volk, jeder Ägypter ist gleich, es gibt keine Unterschiede zwischen Christen und Muslimen.

Der Verweis auf ethnische und konfessionelle Auseinandersetzungen und Konfliktlinien gilt in Ägypten als Tabu. Im Staatsfernsehen, in den staatlichen Medien, aber auch in Schulen und Bildungseinrichtungen wird stets die gleiche Botschaft verkündet: die Ägypter seien ein Volk, jeder Ägypter sei gleich, es gebe keinen Unterschied zwischen Christen und Muslimen, folglich gebe es auch keine religiösen Spannungen. Wer etwas Gegenteiliges behauptete, mache sich zum Handlanger (ausländischer) Interessen,

die Ägyptens Stabilität gefährden und das Land schwächen sollten. Die üblichen Verdächtigen sind Israel, die USA und die Auslandskopten bzw. deren Organisationen.

Die „Ein-Volk-Rhetorik“ wird nicht nur von Staat und Behörden vertreten, sondern auch von breiten Teilen der Bevölkerung. Selbst regierungskritische Ägypter sehen die Ansprüche der Kopten skeptisch. Sie beklagen eine verbreitete Opfermentalität, die Tendenz zu Selbstisolation und die Reklamierung einer Sonderrolle. Letztendlich, so ist oft zu lesen und zu hören, würden die Kopten mit ihren Forderungen nach Anerkennung eines religiösen Minderheitenstatus die nationale Einheit und Sicherheit gefährden. Die Zunahme an interkonfessionellen Konflikten beruht nach dieser Einschätzung nicht auf zunehmender Christenfeindlichkeit, sondern auf immer höheren christlichen Ansprüchen und Forderungen gegenüber Staat und Gesellschaft.

Auch dies erklärt die eigentümlich oberflächliche Berichterstattung über interkonfessionelle Auseinandersetzungen in vielen ägyptischen Medien. Über Ausmaß und Ablauf konkreter Auseinandersetzungen wird zwar breit berichtet, die Zusammenhänge und Hintergründe bleiben aber meistens unklar. Dominierend sind stattdessen die Klage über den Verlust einer verklärten Vergangenheit, in der Kopten und Muslime zuerst und vor allem Ägypter waren, sowie Anklagen gegen die Handlungsunfähigkeit der Regierung.

Über Ausmaß und Ablauf interkonfessioneller Auseinandersetzungen wird zwar in den Medien breit berichtet, die Zusammenhänge und Hintergründe bleiben aber meistens unklar.

Politisch heikel ist die Koptenfrage für die Regierung nicht deshalb, weil die Kopten eine reale Gefahr für das Regime darstellten. Ganz im Gegenteil, Christen gehören zu den treuesten Unterstützern des gegenwärtigen Regimes. Sorgen bereiten dem ägyptischen Staat also weniger die Ambitionen und Aktivitäten der christlichen Minderheit im Land als vielmehr die hierauf folgenden Reaktionen der muslimischen Mehrheit sowie das internationale Ansehen Ägyptens. Die staatliche Antwort hierauf ist eine Strategie der vordergründigen Privilegierung bei gleichzeitiger struktureller Diskriminierung.

PRIVILEGIERUNG UND DISKRIMINIERUNG

Die zunehmende nationale und vor allem internationale Aufmerksamkeit für die Lage der Christen haben Staat und Behörden in der jüngeren Vergangenheit zu einigen plakativen Maßnahmen veranlasst. 2002 erklärte die Regierung das Weihnachtsfest zum staatlichen Feiertag. 2006 wurde erstmals seit mehr als dreißig Jahren wieder ein koptischer Provinzgouverneur eingesetzt und einige Kopten, darunter nicht wenige Frauen, in hohe akademische und politische Ämter berufen. Zwei Minister im ägyptischen Kabinett sind Kopten. Der Kopte Boutros Boutros-Ghali, ehemaliger UN-Generalsekretär, ist heute Vorsitzender des Nationalrates für Menschenrechte. Ende 2008 wurde im oberägyptischen Komboha zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine koptische Frau zur Bürgermeisterin ernannt, und seit 2009 wird sogar die Idee einer „Kopten-Quote“ im ägyptischen Parlament diskutiert. Hinzu kommen die geschilderten juristischen Maßnahmen zur Vereinfachung von Kirchenbauten und einige aufsehenerregende Gerichtsurteile zugunsten koptischer Streitparteien.

Für Kritiker sind diese Schritte kaum mehr als Augenwischerei. Während sich die Regierung durch die Förderung einiger „Vorzeigekarrieren“ gegenüber der kritischen Öffentlichkeit in Symbolpolitik übe, so der Vorwurf, nähmen im Alltag und bei Behörden Diskriminierung und Schikane zu. Kopten bleibt eine Reihe von beruflichen Karrieren im öffentlichen Dienst, in der Polizei, im Justizsystem und an den Universitäten verschlossen. Kopten können nicht an der staatlich finanzierten Al-Azhar-Universität studieren. Priester leben von Spenden und Zuwendungen der Kirche, während Imame staatlich bezahlt werden. Arabisch lernen muslimische und christliche Kinder in Ägypten auch anhand des Koran (und nicht der Bibel) und im Kunstunterricht muss das muslimische Glaubensbekenntnis oder die Kaaba in Mekka (und nicht die Heilige Familie) gezeichnet werden. Auch die im Zuge der sog. „Schweinegrippe“ veranlasste Tötung aller ägyptischen Schweine haben viele Christen als gezielte Maßnahme zur Unterminierung ihrer Lebensgrundlage gesehen.

Auch die im Zuge der Schweinegrippe veranlasste Tötung aller ägyptischen Schweine haben viele Christen als gezielte Maßnahme zur Unterminierung ihrer Lebensgrundlage gesehen.

Ein juristisches Vorgehen gegen behördliche Diskriminierung und Schikane wird oft durch Schlamperei und Verfahrenstricks verhindert oder hinausgezögert. Ein beliebtes Instrument sind hierbei die „Versöhnungskommissionen“.

„Versöhnungskommissionen“, auf den ersten Blick ein progressives Instrument der Streitbeilegung, dienen bei genauerem Hinsehen der Vermeidung von internationaler Öffentlichkeit und der Ausübung von Druck auf die schwächere Konfliktpartei – meistens die christliche.

Diese Kommissionen sollen nach Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen eine außergerichtliche Streitbeilegung unter Berücksichtigung lokaler Erfordernisse und Zusammenhänge fördern. Doch „Versöhnungskommissionen“, die auf den ersten Blick wie ein progressives Instrument der Streitbeilegung im vorjuristischen Raum erscheinen, dienen bei genauerem Hinsehen der Vermeidung von internationaler Öffentlichkeit und der Ausübung von Druck auf die schwächere Konfliktpartei – und das ist meistens die christliche. Funktionieren diese Druckmechanismen nicht, greifen die Behörden gelegentlich auch zu härteren Maßnahmen. Durch Entführungen und Verhaftungen von Kopten und koptischen Mönchen wurde in der Vergangenheit wiederholt Druck auf Kirchenvertreter und Angehörige ausgeübt, Streitfälle nicht gerichtlich auszutragen. Auch im Fall der Auseinandersetzungen um das Grundstück des Klosters Abu Fana im Jahre 2008 sollen örtliche Behörden willkürliche Verhaftungen von Kopten als Erpressungsmittel gegen die koptischen Obrigkeiten eingesetzt haben. Die Kirche sollte hierdurch daran gehindert werden, rechtliche Schritte gegen die muslimische Streitpartei einzuleiten und auf dem Rechtsweg Entschädigungszahlungen einzufordern.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Frage nach Rolle und Recht der Kopten ist in Ägypten derzeit eine Frage der nationalen Sicherheit. Der Sieg des kulturellen Islamismus hat dazu geführt, dass religiöse Vorbehalte im Land zunehmen und im Kern profane Konflikte immer öfter religiös aufgeladen werden. Dies spielt der islamistischen Opposition in die Hände. Der Staat reagiert, indem er einerseits Forderungen nach einer Islamisierung von Staat und Gesellschaft aufgreift, andererseits aber auch eine Eskalation von Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen mit allen Mitteln zu verhindern versucht. Die Kopplung der Koptenfrage an die Sicherheitsfrage ist für die ägyptischen Christen daher

Fluch und Segen zugleich. Einerseits hat der ägyptische Staat kein Interesse an einer nachhaltigen und grundsätzlichen Verschlechterung der Lage der Christen im Land, weil dies ein Sicherheitsrisiko darstellen würde. Andererseits ist er aber auch zunehmend bereit, Diskriminierungen und Anfeindungen der christlichen Minderheit als Preis der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hinzunehmen.

Die Situation der Christen ist in Ägypten zurzeit zwar weniger besorgniserregend als in vielen muslimischen Nachbarländern. Aus Sicht der Religionsfreiheit und der Menschenrechte ist sie aber dennoch inakzeptabel. Hieran wird sich unter den gegenwärtigen Bedingungen wenig ändern. Die gesellschaftliche Islamisierung hat in Ägypten bewirkt, dass der theologische Führungsanspruch des Islam über das Christentum politisch wirkmächtig ist. Eine nachhaltige Verbesserung der Situation der Christen in Ägypten wäre nur durch die Aufgabe der politischen Implementierung dieses Führungsanspruches zu erreichen. Kritische (muslimische und christliche) Intellektuelle und auch einige wenige Politiker argumentieren, dass dies ein grundsätzliches gesellschaftliches Umdenken nötig mache. Der frühere UN-Generalsekretär Boutros-Ghali sagte sinngemäß: „Es reicht nicht, wenn sich der Papst und der Großscheich öffentlich umarmen. Was wir brauchen ist Grundlagenerziehung in Menschenrechten und Religionsfreiheit.“⁴ Bisher gibt es nur sehr wenige Anzeichen, die auf ein solches Umdenken schließen lassen. Ein Film mit den beiden ägyptischen Leinwandikonen Omar Sharif und Adel Imam griff 2009 das muslimisch-christliche Verhältnis in Ägypten von der humoristischen Seite auf. Und auch der ägyptische Bestsellerautor Alaa el-Aswany wagt sich in seinem jüngsten Buch an das heikle Thema. Ob es sich hierbei um erste Ansätze einer gesellschaftspolitischen Umorientierung handelt oder lediglich um Beschäftigungstherapie für die dünne säkulare Oberschicht, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass sich Ägyptens Christen auch weiterhin unter muslimischer Führung zurechtfinden müssen.

„Es reicht nicht, wenn sich der Papst und der Großscheich öffentlich umarmen. Was wir brauchen ist Grundlagenerziehung in Menschenrechten und Religionsfreiheit.“ (Boutros Boutros-Ghali)

4 | Boutros-Ghali äußerte sich in Arabisch in einem Interview mit der Londoner Tageszeitung *Asharq Al-Awsat*, erschienen am 16.03.2010.